

Kurzfassung

Bildung für gesellschaftlichen Wandel:
Die Rolle der Gewerkschaften bei der Förderung einer nachhaltigen ökologischen Entwicklung



Das EGBW hatte das [PPMI](#) beauftragt, unter Einbeziehung der Beiträge einer Projektberatungsgruppe die Auswirkungen des Klimanotstands auf die Bildungs- und Gewerkschaftspolitik in der europäischen Region zu untersuchen.¹ Die Untersuchung befasste sich mit den Herausforderungen, vor die sich Schul- und Hochschullehrkräfte und sonstiges Bildungspersonal aufgrund von Umweltveränderungen gestellt sehen, und konzentrierte sich auf innovative Maßnahmen der Gewerkschaften zur Bewältigung dieser Herausforderungen. Die Studie stützte sich auf vier Informationsquellen: Literatur zu internationalen politischen Strategien, wissenschaftliche Fachliteratur, Ergebnisse einer nicht repräsentativen Onlineumfrage unter den EGBW-Mitgliedsorganisationen vom Herbst 2021 und eine Analyse der Sorgen und Erfahrungen, über die Vertreterinnen und Vertreter der EGBW-Mitgliedsorganisationen bei zwei internationalen Workshops – in Rom (April 2022) bzw. Kopenhagen (Juli 2022) – berichtet hatten. Die Untersuchung ermittelte vier bedeutende Arten von Herausforderungen, mit denen sich Gewerkschaftsmitglieder – entweder aufgrund der direkten Bedrohung durch den Klimawandel oder aufgrund von Veränderungen der Arbeitsprozesse und neuer Bildungsanforderungen im Zuge des Klimanotstands – konfrontiert sehen, und analysierte drei wesentliche Maßnahmenbündel, mit denen die Gewerkschaften auf diese Herausforderungen reagieren.

Herausforderungen für Schul- und Hochschullehrkräfte und sonstiges Bildungspersonal

Steigende Arbeitsbelastung und Gesundheitsprobleme

Die Befragten nannten an erster Stelle die **Arbeitsbelastung** und an zweiter Stelle die körperliche und geistige Gesundheit als die Arbeitsbedingungen, auf die sich das Thema ökologische Nachhaltigkeit am stärksten auswirkt. Etwa ein Viertel der Befragten bezeichnete die Auswirkungen auf die Arbeitsbelastung als sehr negativ. Jüngere Untersuchungen verweisen auf eine potenzielle Beeinträchtigung der allgemeinen Leistungsfähigkeit von Schul- und Hochschullehrkräften und sonstigem Bildungspersonal, wenn diese bei der Schaffung nachhaltiger Lernumgebungen eine größere Rolle übernehmen. In den Validierungsworkshops wurden diese Ergebnisse näher erläutert. Deshalb überrascht es nicht, dass die meisten Befragten (81 %) Bildung für ökologische Nachhaltigkeit als Herausforderung bezeichneten. Der Klimawandel stellt auch eine direkte Bedrohung für die **körperliche und geistige Gesundheit** sowie das Wohlbefinden von Schul- und Hochschullehrkräften und sonstigem Bildungspersonal am Arbeitsplatz dar. Schulen sind in einigen Regionen stärker von den negativen Auswirkungen des Klimawandels bedroht als in anderen. Zudem unterscheiden sich die Bedrohungen je nach Klimazone (in Bergregionen besteht z. B. Erdbebengefahr). Am stärksten betroffen sind vor allem die Länder, in denen ein großer Teil der Gebäude vor der Einführung der ersten Wärmeschutzverordnungen in den 1970er Jahren errichtet wurde. Auf die Frage, welche Gruppen durch die direkten und indirekten Auswirkungen des Klimawandels gefährdet sind, nannten die Befragten eher ältere (als jüngere) und eher in ländlichen (statt in städtischen) Gegenden arbeitende Schul- und Hochschullehrkräfte und sonstiges Bildungspersonal. Diese beiden Gruppen sind neben Sonderpädagoginnen und -pädagogen aufgrund ihres Arbeitsumfelds, ihres Standorts bzw. ihres Gesundheitszustands weniger gut für die Bewältigung der mit dem Klimanotstand verbundenen Herausforderungen gerüstet. Insgesamt berichteten die Befragten in Südeuropa häufiger

¹ Im Zusammenhang mit dieser Studie umfasst die europäische Region alle EU-Länder, die EU-Beitrittskandidaten, die EWR-Länder sowie Andorra, Aserbaidschan, Belarus, die Färöer Inseln, die Falkland Inseln, Französisch-Guyana, Französisch-Polynesien, Israel, Kasachstan, Kosovo, Kirgisistan, Liechtenstein, Nordmazedonien, Moldau, Monaco, Montenegro, die Niederländischen Antillen, Russland, St. Helena, St. Martin, St. Pierre und Miquelon, San Marino, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Großbritannien und Usbekistan.



über akute Probleme aufgrund des Klimawandels als Befragte in Nordeuropa, die eher andere Herausforderungen wie den Lehrkräftemangel hervorhoben.

Bedarf an leichter zugänglichen und relevanten Weiterbildungsmöglichkeiten

Die Befragten betonten, dass Schul- und Hochschullehrkräfte und sonstiges Bildungspersonal nicht dafür ausgebildet seien, ökologische Nachhaltigkeit zu unterrichten oder die Herausforderungen zu bewältigen, die der Klimawandel für ihren Beruf darstellt, weil es **an qualitativ hochwertigen und leicht zugänglichen Fortbildungsmöglichkeiten** mangle. Eine unzureichende Qualifikation, auch von Schulleitungen, ist ein Hindernis für die Bewältigung von Problemen im Zusammenhang mit ökologischer Nachhaltigkeit, aber auch für die umfassende und ganzheitliche Umsetzung von Bildung für ökologische Nachhaltigkeit in den Bildungsinhalten und den Abläufen in Bildungseinrichtungen. Die Befragten gaben an, dass die größten Herausforderungen das Fehlen relevanter Inhalte in der beruflichen Erstausbildung von Lehrkräften, die Veranstaltung von Weiterbildungsmaßnahmen außerhalb der Arbeitszeit und der Mangel an relevanten und qualitativ hochwertigen Weiterbildungsmaßnahmen seien. Diese Ergebnisse sollten im Zusammenhang mit der bereits erwähnten Feststellung betrachtet werden, dass eine der größten Sorgen der Vertreterinnen und Vertreter der EGBW-Mitgliedsorganisationen die negativen Auswirkungen des Themas ökologische Nachhaltigkeit auf die Arbeitsbelastung sind, da **unzureichende Aus- und Weiterbildung die Arbeitsbelastung noch verschärfen**. Daraus lässt sich ein Bedarf an leichter zugänglichen und qualitativ hochwertigen Weiterbildungsangeboten ableiten. Aber damit sie einen Gewinn für die Lehrkräfte darstellen, müssen sie während der Arbeitszeit stattfinden, um eine weitere psychische und physische Belastung der Beschäftigten zu vermeiden. Dementsprechend betonten die Befragten ihren Bedarf an leichter zugänglichen und qualitativ hochwertigen Bildungsangeboten, insbesondere an kurzfristigen Weiterbildungsmaßnahmen.

Unzureichende Lehrpläne, Leistungsfeststellungen und berufliche Autonomie

In der gesamten europäischen Region sind die **Lehrpläne und die dazugehörigen Leistungsfeststellungen noch nicht für eine effektive Vermittlung von Bildung für ökologische Nachhaltigkeit angepasst worden**. Fähigkeiten und Kompetenzen sind nicht definiert und werden mit den bestehenden Leistungsfeststellungen nicht gemessen. Die Befragten beklagten insbesondere, dass Bildung für ökologische Nachhaltigkeit in den nationalen Leistungsfeststellungen und Lehrplänen ihrer Länder keine Priorität habe. Eine umfassendere Einbeziehung von Bildung für ökologische Nachhaltigkeit in die Lehrpläne und in nationale Leistungsfeststellungen sei von entscheidender Bedeutung, um die Notwendigkeit der Priorisierung des Themas, seiner Finanzierung, der Bereitstellung entsprechender Lernmaterialien und vor allem von Zeit zu signalisieren. Wenn es an geeigneten Lehrplänen und Orientierungshilfen mangelt, neigten Schul- und Hochschullehrkräfte und sonstiges Bildungspersonal dazu, auf Online-Lernplattformen nach Ressourcen zu suchen, um ihre Wissenslücken zu schließen, wodurch der Einfluss privater und unregulierter Akteure auf das Bildungswesen steigt. Darüber hinaus fühlten sich Schul- und Hochschullehrkräfte und sonstiges Bildungspersonal zu einem großen Teil **nicht in die politischen Entscheidungsprozesse ihrer Länder einbezogen** und äußerten sich unzufrieden, dass die nationalen Bildungspläne dem Bildungspersonal **zu wenig Ermessensspielraum** für eine an ihren jeweiligen lokalen Kontext angepasste Umsetzung der Lehrpläne einräumten. Zu beachten ist, dass es Unterschiede zwischen den Ländern der EGBW-Mitgliedsorganisationen gibt, die an der Untersuchung teilgenommen haben.

In einigen Ländern hat es in den letzten Jahren verstärkte Anstrengungen zur Verbesserung der Lehrpläne und Leistungsfeststellungen gegeben.

Mangel an politischen Visionen und großen Investitionen

Die fehlende Priorisierung des Themas seitens der staatlichen Akteure ist ein großes Hindernis für eine breitere Umsetzung von Bildung für ökologische Nachhaltigkeit, und der Mangel an Leistungsfeststellungsinstrumenten für Bildung für ökologische Nachhaltigkeit beweist letztlich, dass das Thema im Bildungssektor keine politische Priorität genießt. Insgesamt hätten die Gewerkschaften den Eindruck, dass **die politischen Akteure in der gesamten europäischen Region nicht genug tun**, um bewährte Praktiken länderübergreifend anzuwenden und das Bildungssystem so umfassend umzugestalten, dass es dem angestrebten grünen Wandel auf dem Arbeitsmarkt gerecht wird und dazu beiträgt, dass alle Bürgerinnen und Bürger von klein auf ein Nachhaltigkeitsbewusstsein entwickeln. Angesichts **sinkender öffentlicher Budgets** sei es schwieriger, Mittel bereitzustellen, um einrichtungsweite Initiativen umzusetzen oder Bildungseinrichtungen bei den notwendigen Veränderungen zu unterstützen. Dies deckt sich mit den Ergebnissen neuerer EU-weiter Untersuchungen auf allen Bildungsstufen, von der Grundschule bis zur Hochschule.²³ Eine starke und effektive Führung trage entscheidend dazu bei, ganzheitliche schulische Ansätze zu verfolgen, institutionelle Probleme wie den Mangel an geeigneten Räumlichkeiten und deren unzureichende Ausstattung zu überwinden und qualifiziertes Personal zu gewinnen. Ohne Unterstützung und Finanzierung könnten Schulleitungen jedoch nicht handeln. Schließlich wiesen die Befragten darauf hin, dass es in den wesentlichen Dokumenten des Bildungssektors zur grünen Transformation an einer Verknüpfung der nationalen Bildungssysteme mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDG) und insbesondere mit dem vierten Ziel - Bildung für nachhaltige Entwicklung - mangle. Dies zeige, dass auf nationaler Ebene die Notwendigkeit, den Bedarf an Kompetenzen zur Verwirklichung der grünen Transformation durch Bildung für ökologische Nachhaltigkeit zu decken, weder verstanden noch priorisiert wird. Zu beachten ist, dass sich das Ausmaß dieser unzureichenden Priorisierung auf den verschiedenen Ebenen von Land zu Land unterscheidet.

Reaktion der Gewerkschaften auf den Klimanotstand

Strategien für Bildung für ökologische Nachhaltigkeit und deren Priorisierung sind selten

Insgesamt mangelt es **an der dringend notwendigen Priorisierung und an strategischen Maßnahmen** innerhalb der Gewerkschaften zur Förderung der ökologischen Nachhaltigkeit. In Bezug auf die Reaktion der Gewerkschaften stellte die Studie fest, dass das Interesse der Gewerkschaften an der Bewältigung dieser Herausforderungen zwar zugenommen hat, sie sich aber oft auf traditionelle Themenbereiche (z. B. Lohn, Gesundheit usw.) konzentrieren statt

- 2 Mulvik, I., Pribušis, K., Siarova, H., Vežikauskaitė, J., Sabaliauskas, E., Tasiopoulou, E., Gras-Velazquez, A., Bajorinaitė, M., Billon, N., Fronza, V., Disterheft, A. und Finlayson, A. (2021) Bildung für ökologische Nachhaltigkeit. Strategien und Ansätze in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Abschlussbericht. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. DOI: 10.2766/51869
- 3 Bunesco, L. und T. Estermann (2021) Greening in European higher education institutions: A governance, funding and efficiency perspective. European University Alliance. Abrufbar unter: https://eua.eu/downloads/publications/gaf%20greening_final.pdf



auf aktuelle Diskursthemen und Bildungsreformen. Die Entwicklung einer umfassenden Strategie zur Förderung ökologischer Nachhaltigkeit und deren Priorisierung in Kollektivverhandlungen sind nicht üblich. Mehr als die Hälfte der Befragten gab an, dass ihre Gewerkschaft überhaupt keine umfassende Strategie verfolge und sich nicht am sozialen Dialog zu diesem Thema beteilige. Die Befragten führten dies darauf zurück, dass ökologische Nachhaltigkeit von der Gewerkschaft oder der Gewerkschaftsführung nicht als Priorität betrachtet werde. Dies läge zum Teil an den **begrenzten eigenen personellen und finanziellen Ressourcen** der Gewerkschaften. Die **Schwierigkeit oder mangelnde Bereitschaft zur Aufnahme des Themas in die traditionelle Gewerkschaftsagenda**, die Arbeitsbedingungen, Arbeitnehmerrechte und Löhne umfasst, ist ebenfalls ein Grund, warum die Gewerkschaften nicht stärker aktiv werden. Insgesamt haben die EGBW-Mitgliedsorganisationen fünf Herausforderungen genannt, die die Schlagkraft der Gewerkschaften bei der Politikgestaltung zu diesem Thema einschränken: 1) begrenzte eigene personelle und finanzielle Ressourcen der Gewerkschaften, 2) mangelnde sektorübergreifende Kommunikation über ökologische Nachhaltigkeit und Prioritäten bei der Bewältigung des Klimawandels, 3) Kontroversen über den Nutzen gewerkschaftlicher Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels, 4) Mangel an ausreichenden Daten über die Ansichten und Bedürfnisse ihrer Mitglieder bezüglich des Umgangs mit Umweltfragen und 5) ein insgesamt schwacher sozialer Dialog.

Zentrale Instrumente: Sozialer Dialog und Kollektivverhandlungen werden nicht genutzt

Der **soziale Dialog** ist ein wichtiges Instrument für Schul- und Hochschullehrkräfte und sonstiges Bildungspersonal, um sich in ihren Berufsverbänden und in den Einrichtungen, in denen sie arbeiten, mit ökologischer Nachhaltigkeit auseinanderzusetzen. Nur die Hälfte der an der Studie beteiligten EGBW-Mitgliedsorganisationen ist in den sozialen Dialog über ökologische Nachhaltigkeit eingebunden, und Kollektivverhandlungen sind die am wenigsten genutzte Form des sozialen Dialogs. Die von EGBW-Mitgliedsorganisationen am häufigsten ergriffenen Maßnahmen sind die individuelle Beschäftigung mit dem Thema und der Informationsaustausch. Damit der Informationsaustausch als Bestandteil des sozialen Dialogs betrachtet werden kann, muss er strategisch angegangen werden, auf die Sozialpartner ausgerichtet sein und bestimmte Ziele verfolgen. Leider hat die Studie den Eindruck vermittelt, dass der **Informationsaustausch oft eher passiv erfolgt und keine Form des sozialen Dialogs darstellt**. Die EGBW-Mitgliedsorganisationen haben hier also noch viel Potenzial, um einen stärker strategisch ausgerichteten sozialen Dialog zu führen, der auch Kollektivverhandlungen einschließt – ein zentrales gewerkschaftliches Mittel und eines der mächtigsten Instrumente, das Gewerkschaften und breiten, sektorübergreifenden Bündnissen zur Verfügung steht und das zudem in der Studie als eine bewährte Praktik herausgearbeitet worden ist. Was noch wichtiger ist: Dieses Ergebnis spiegelt den allgemeinen Trend wider, dass sich der soziale Dialog sektorübergreifend verschlechtert und seltener genutzt wird – eine Situation, die Maßnahmen seitens der Arbeitgeber und Behörden zur Wiederbelebung und Neugestaltung des sozialen Dialogs erfordert.

Mehr Gewerkschaftsaktionen und nachfrageorientierte Angebote für kollegiales Lernen erforderlich

Die Aktionen der EGBW-Mitgliedsorganisationen zum Thema ökologische Nachhaltigkeit sind in vielen Ländern gerade erst angelaufen. Um stärker Einfluss nehmen zu können, müssen die Gewerkschaften die Anzahl und Häufigkeit der Aktionen weiter erhöhen. Dabei geht es nicht um Geschwindigkeit, sondern es muss parallel zum Aufbau von Fachkompetenz innerhalb der EGBW-Mitgliedsorganisationen geschehen, um überzeugende Aktionen entwickeln zu können. Auf die offenen Fragen antworteten mehrere Befragte, dass sie sich in der **Sondierungsphase** bezüglich

der **Gewerkschaftspolitik** zum Umgang mit dem Klimanotstand im Bildungswesen befänden und dass sie mehr Ressourcen dafür einsetzen würden, wenn die Gewerkschaft mehr Mittel, speziell dafür zuständiges Personal und Zeit hätte. 22 % der befragten Gewerkschaften widmeten ihren Aktivitäten nicht genügend Ressourcen und überwachten sie auch nicht in Bezug auf ihre Wirkung. Die EGBW-Mitgliedsorganisationen müssen deshalb unbedingt **voneinander lernen, welche Maßnahmen funktionieren, und motiviert werden**, mehr Zeit, Personal und allgemeine Anstrengungen in nachhaltige Praktiken, Projekte und den sozialen Dialog zu investieren.